

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 3 (1962)
Heft: 52

Rubrik: Chronik der kommunistischen Staaten im Jahr 1962 (1. Teil)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chronik der kommunistischen Staaten im Jahr 1962 (1. Teil)

Sowjetunion

1. 1. Einführung der Produktionsentlohnung für Landarbeiter.
Die UdSSR zählt rund 220 Millionen Einwohner, die KPdSU 9,7 Millionen Mitglieder.
9. - 11. 1. Sitzung der Aussenhandelskommission des RGW in Moskau.
24. 1. In einem «Prawda»-Interview erklärt Verteidigungsminister Malinowski: «Wir können mit einem einzigen Raketenanschlag alle Industrie- und Verwaltungszentren der USA und ganze Länder vernichten, welche USA-Stützpunkte haben.
30. 1. Konferenz der Warschauer-Pakt-Verteidigungsminister in Moskau.
10. 2. Begnadigung des amerikanischen U-2-Piloten Powers im Austausch gegen den sowjetischen Spion Abel.
15. 2. Dekret des Obersten Sowjets über verschärfte Strafen bei Vergehen gegen Milizangehörige (Todesstrafe für Angriff auf Polizei oder Hilfspolizei).
20. 2. Dekret über Strafverschärfung bei Bestechung (bis Todesstrafe).
5. - 9. 3. Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU befasst sich mit Landwirtschaft: Aufgabe der Zweifelderwirtschaft, verstärkter Anbau von Mais und Hülsenfrüchten.
18. 3. Wahlen in den Obersten Sowjet. 99,47 Prozent der Stimmen für die Kandidaten der Einheitsliste.
24. 3. ZK- und Regierungsbeschluss zur Reorganisation der Landwirtschaft. Zentralisierung, Gründung der Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen.
Der 1937 hingerichtete Marschall Tuchatschewski wird rehabilitiert.
28. 3. Albanien refüsiert sowjetische Hilfe für Erdbebenschäden.
5. 4. Session der Akademie für Agrarwissenschaft. Olschansky ersetzt Lyssenko als Präsident.
20. 4. Warenaustauschprotokoll 1962 zwischen UdSSR und China unterzeichnet (Verminderung).
Jakubowski ersetzt Konjew als Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in Deutschland.
24. 4. Chruschtschew bildet seine neue Regierung (71 Mitglieder). Neu besetzt wird unter anderem der Posten des Landwirtschaftsministers (Georgjewitsch).
30. 4. Unionskomitee für Landwirtschaft gemäss ZK-Beschluss gebildet.
16. - 20. 4. XIV. Komsomol-Tagung. Neue Statuten für diesen Jugendverband; vermehrte Mitarbeit in der Wirtschaft. Komsomol-Bestand auf 19 Millionen registriert.
4. 5. 50 Jahre «Prawda».
14. 5. Sowjetisch-kubanisches Handelsabkommen ratifiziert (Warenumsatz 750 Millionen Dollar, 40 Prozent mehr als 1961).
17. 5. ZK- und Regierungsbeschluss über «Massnahmen zur besseren Auswahl und Vorbereitung des wissenschaftlichen Kadern».
21. - 31. 5. Modibo Keita, Präsident von Mali, in UdSSR.
29. 5. - 13. 6. Italienische Industrieausstellung in Moskau (300 000 Besucher).
1. 6. Preiserhöhung für Fleisch- und Fleischwaren um durchschnittlich 30 Prozent (Geflügel 35 Prozent) sowie für Butter um 20 Prozent. Zucker wird um fünf Prozent verbilligt. Keine Lohnerhöhungen.
6. - 7. 6. Ausserordentliche RGW-Tagung mit Partei- und Staatschefs der Mitgliedsländer. Albanien nicht dabei. Die Volksrepublik Mongolei («Aeusserere Mongolei») wird aufgenommen. Richtlinien für Arbeitsteilung und Kooperation im Ostblock. Beschluss zur Bildung einer Exekutivbehörde.
15. 6. Verfassungskommission des Obersten Sowjets nimmt Arbeit zur Aenderung des Grundgesetzes mit Bildung von Unterkommissionen auf.
19. 6. Vorrückung des militärischen Aushebungsalters auf 17 Jahre.
9. 7. Internationaler Kongress für «Allgemeine Abrüstung und Frieden» tagt mit Rekordbeteiligung in Moskau.
10. 7. Erste Sitzung des RGW-Exekutivkomitees.
11. 8. Die beiden sowjetischen Kosmonauten Major Nikolajew und Oberstleutnant Popowitsch sind in den Raumschiffen Wostock III und IV in den Weltraum gestartet.
22. 9. Dekret des Obersten Sowjets über «Die Verschiebung des Zeitpunktes der Befreiung der Arbeiter und Angestellten von der Bezahlung der Lohnsteuer».
29. 9. Grusstelegramm Chruschtschews an Ben Bella.
1. 10. Telegramm Chruschtschews anlässlich des 13. Jahrestages der Volksrepublik China.
- (22. 10. Beginn der Kuba-Blockade durch die USA.)
24. 10. Stellungnahme der «Prawda» für China im sino-indischen Konflikt.
27. 10. Chruschtschew lenkt in Kuba-Frage mit Brief an Kennedy ein.



«Das ist eine Eigenart in der Terminologie unserer Nachfahren: Auf chinesisches heisst 'jugoslawisch' auch 'russisch', auf russisch heisst 'albanisch' auch 'chinesisches'»

Dieses Gespräch zwischen Marx und Lenin in der jugoslawischen Karikatur zeichnet den status quo der sino-sowjetischen Spannung in diesem Jahr.

7. 11. 45. Jahrestag der Oktoberrevolution (25. Oktober nach julianischem Kalender).
19. 11. Chruschtschews grosse Rede bei der Eröffnung des ZK-Plenums mit Ankündigung grosser Reorganisationen bezüglich Planung, Parteaufbau, Wirtschaftsaufbau. Mit den organisatorischen Veränderungen an der Parteispitze gehen personelle Wechsel. Die Parteioorganisationen werden nach Produktionsaspekten (Landwirtschaft und Industrie) neu gegliedert, der Kontrollapparat neu aufgezogen, zentralisiert und enger in Staats- und Wirtschaftsorgane eingeflochten, Wirtschaftsverwaltungen organisatorisch zusammengelegt, selbst über die Grenzen der Unionsrepubliken hinaus. Für das Planungs- und Produktionsprinzip wird der Akzent von der quantitativen Planerfüllung auf die Rentabilität verlegt.
22. 11. Das ZK fasst Beschlüsse im Sinne Chruschtschews.
24. 11. Das Präsidium des Obersten Sowjets erlässt elf Dekrete zur Verwirklichung der ZK-Beschlüsse.
27. 11. Das neue «Komitee für Partei- und Staatskontrolle des ZK der KPdSU und des UdSSR-Ministerrates» wird von ZK, Regierung und Präsidium des Obersten Sowjets gemeinsam gebildet, nachdem der Chef der neuen Behörde, Scheljepin, bereits am 24. 11. ernannt worden war.
30. 11. Der Ministerrat unter Chruschtschew wird mit der Durchführung der Beschlüsse beauftragt.
13. 12. Der Oberste Sowjet bestätigt die Beschlüsse seines Präsidiums und nimmt die diesbezüglichen Verfassungsänderungen vor.

Jugoslawien

10. 2. Verurteilung albanischer Spione.
7. 3. Verbreitung der italienischen Zeitschrift «Tempo presente» wegen einem Djilas-Bericht über den Krieg in Jugoslawien verboten.
13. 3. Annahme eines Amnestiegesetzes für 150 000 Emigranten im Ausland und 1000 politische Gefangene im Inland.
16. - 24. 4. Besuch Gromykos in Jugoslawien. Erster Schritt zur Annäherung Moskau-Belgrad.
6. 5. Rede Titos in Split mit scharfer Kritik am wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes.
14. 5. Milovan Djilas zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen in seinem Buch «Gespräche mit Stalin» verurteilt.
23. 5. Djilas Buch «Gespräche mit Stalin» wird verboten.
28. 5. Annahme eines Gesetzes über Umbildung der Bundesregierung und Schaffung einer strafferen Wirtschaftslenkung.
21. 6. Rede Titos in Belgrad mit Kritik an Partei- und Regierungsführung.

28. 6. Protokoll über Warenaustausch China—Jugoslawien 1962 unterzeichnet. Unterzeichnung eines Kreditabkommens zwischen Belgrad und Weltbank über 30 Millionen Dollar-Darlehen für Kraftwerk «Bajna Basta».
6. 7. Protokoll über Erweiterung des jugoslawisch-sowjetischen Handels 1962 bis 1965. Handelsvolumen gegenüber 1961 verdoppelt.
22. - 23. 7. Das vierte Plenum des BdkJ bespricht Missstände in Wirtschaft und Politik. Tito fordert verstärkten Export in Entwicklungsländer, um das eigene Land zu industrialisieren. Entsprechende Beschlüsse.
30. 8. - 1. 9. Konferenz der afrikanischen Studenten in Europa mit 300 Delegierten aus 35 Ländern.
19. 9. Veröffentlichung des Entwurfs zur neuen jugoslawischen Staatsverfassung.
24. 9. - 4. 10. Besuch Breschnews in Jugoslawien.
5. 10. Brotpreiserhöhung und Lohnerhöhungen.
8. 11. Beschluss des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens über Beschäftigung; 450 000 Arbeitslose im Land registriert.
2. 12. Tito reist nach Moskau ab.
13. 12. Rede Titos vor dem Obersten Sowjet. Völlige Unterstützung Moskaus. Entsprechende Ausführungen Chruschtschews. Verbrüderung UdSSR—Jugoslawien vollzogen.

Bulgarien

18. 1. Umbenennung aller Ortschaften, Berggipfel und Betriebe mit dem Namen Stalins.
13. 2. Regierungsverordnung über Studentenaufnahme an Hochschulen. Kinder von Parteifunktionären bevorzugt.
25. 2. Parlamentswahlen mit 99,71 Prozent Beteiligung, 99,90 Prozent der Stimmen auf Einheitsliste der Vaterländischen Front.
27. 2. Todesurteil in Sofia wegen Unterschlagung von 18 000 Lewa.
16. 3. Der ehemalige Diktator Tschewtschenko als Vizepräsident der Regierung abgesetzt.
10. 5. Beschluss des ZK der KPB über die Richtlinien des 4. Fünfjahresplanes 1961—1965; Vorrang der Schwerindustrie.
14. - 20. 5. Chruschtschew in Bulgarien; freundlichere Töne Tito gegenüber.
24. 5. Erster Kongress bulgarischer Lehrer.
16. 9. Veröffentlichung des Perspektivplanes 1961—1980.
2. 10. Entwurf der neuen Parteistatuten veröffentlicht.
5. - 15. 11. Achter Kongress der KPB. Vulko Tschewtschenko aus der Partei, Jugoff, Zenkoff, Christoff, Kumbileff, Rajkoff, Koltseff aus dem ZK ausgestossen. Annahme des Parteistatuts und des Perspektivplans.
19. 11. Die Nationalversammlung entlässt Jugoff als Ministerpräsident und Zankoff als Stellvertretender Ministerpräsident, Parteichef Todor

Schiwkoff mit Regierungsbildung beauftragt.

27. - 29. 11. Nationalversammlung bestätigt Regierung (28 Mitglieder). Alle (deklarierten) Stalinisten und Anhänger Tschewtschenkos oder Jugoffs aus der Regierung ausgestossen. Umbildung des Präsidiums der Nationalversammlung.
3. 12. Schaffung eines Büros des Ministerpräsidenten als Kontrollorgan von Regierung und Partei.

Rumänien

15. 3. Demontage Stalindenkmals in Bukarest.
13. 4. Landwirtschaftsminister Ion Cozma seines Postens enthoben.
27. 4. Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft.
4. 5. Gesetz über leitende Organe der Landwirtschaft.
17. 5. Parteibeschluss über Festigung der Partei.
6. 6. Neues Ministerium für Unterrichtswesen, neues Staatskomitee für Kunst und Kultur.
18. 6. Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR in Bukarest.
19. 10. Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten in Rumänien.
20. 10. Temesvarer Universität gegründet.
21. 11. Bukarester Volksuniversität gegründet.
30. 12. 15 Jahre Rumänische Volksrepublik.

BRIEFE

Mihailowitschs Verhaftung — eine andere Version

Die Artikelfolge über Mihailowitschs Ende (KB, Nr. 45, 46 und 48) hat uns etliche Zuschriften eingebracht, die ausnahmslos ihr Misstrauen gegenüber den neuen jugoslawischen «Enthüllungen» bekunden. Wir veröffentlichen hierzu die Meinung eines sachkundigen Schweizer, der sich zur relevanten Zeit in Jugoslawien befand.

Sie (die Darstellung auf Grund der offiziellen jugoslawischen Publikation) ist interessant, deckt sich aber nicht mit den Informationen, die ich seinerzeit über dieses Ereignis erhalten hatte. Nach meiner Meinung könnten die offiziellen Verlautbarungen Belgrads (offiziell ist bei der Publikation die Dokumentation, die von der jugoslawischen Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellt wurde; im weitern führen die Autoren des angeblichen Tatsachenberichts Zeugenaussagen und eigene Erhebungen an) darauf angelegt sein, ein Zerbröckeln der Freiheitsbewegung Mihailowitschs von innen heraus glaubhaft zu machen und damit beim jugoslawischen Publikum den Eindruck zu erwecken, als ob mit dem Zugriff auf Mihailowitsch eine Bewegung liquidiert worden wäre, die ohnehin nicht mehr vom Vertrauen der Beteiligten getragen war und nur noch unnötiges Blutvergiessen verursacht hätte. Ich habe vom Frühjahr 1945 bis gegen das Frühjahr 1946 in Jugoslawien gelebt, das heisst während der Zeit von der Ausbootung der bürgerlichen Mitglieder in Titos provisorischer Regierung über die sogenannten Wahlen vom 11. November 1945 und die Proklamation der Republik vom 29. November desselben Jahres bis nach

der Abnahme der neuen titoistischen Verfassung. In dieser Zeit habe ich unter anderem Bosnien und die Herzegowina bereist, wobei ich die Aktionsgebiete Mihailowitschs wiederholt durchquerte. Ich bin damals durch Gefechtslärm, Verwundetentransporte und Gespräche mit den da und dort in Haufen anzutreffenden Soldaten von Titos Partisanenarmee (darunter 12jährige Buben; photographisch festgehalten!) belehrt worden, dass Mihailowitsch noch ernstzunehmenden Widerstand leistete.

Als ich Jugoslawien verliess, kämpften Mihailowitsch und seine Getreuen noch. Kurz darnach hat sich nach meinen Informationen das Folgende zugetragen: Ein Reporter der amerikanischen Militärzeitschrift «Stars and Strips» hatte die Erlaubnis erhalten, Mihailowitsch zu einem Interview aufzusuchen. Er wurde von seinem Standort in Italien zum Hauptquartier Mihailowitschs in Bosnien geflogen und berichtete später in seiner Zeitschrift über diese Bewegung unter Angabe des Ortes. Er sei offenbar der Meinung gewesen, dass es sich um einen neutralen, ambulanten Treffpunkt gehandelt habe, während er sich in Wirklichkeit im ständigen Versteck Mihailowitschs befand. Die Schergen Titos hätten sich daraufhin aufgemacht, den in dieser Reportage erwähnten Ort aufzusuchen, wo sie Mihailowitsch auch tatsächlich hätten überraschen können. Der Untergang des serbischen Freiheitskampfes und seine Bewegung wären demnach auf eine sehr schwer begreifliche Unvorsichtigkeit eines Armeebereichterstaters zurückzuführen.

Es ist mir natürlich nicht möglich gewesen, diese Angaben genau zu überprüfen. Sie sind aber zu einer Zeit gemacht — und nicht dementiert — worden, da das Ereignis die Öffentlichkeit noch als brennende Aktualität beschäftigte. Dazu kommt, dass die Partisanenarmee Mihailowitschs mit Tito Erfahrungen gemacht hatte, die auch ein nur halbes Paktieren führender Mihailowitsch-Leute mit Tito als höchst unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Der Aufstand Mihailowitschs, der begonnen hatte, als Titos Kommunisten im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 sich gegenüber der deutschen Besetzung noch völlig still verhielten, ist zur Tragödie geworden, als die Alliierten, offenbar auf den Rat von Randolph Churchill, ihre Unterstützung von Mihailowitsch auf Tito übertrugen. Die Geschichte wird diese Vorgänge einmal näher abzuklären haben; aber wenn sie dazu imstande sein soll, dürfen auch nichtoffizielle Versionen von Einzelgeschehnissen, wie demjenigen der Verhaftung Mihailowitschs, nicht in Vergessenheit geraten. J. J.

Die hier erwähnte Version, die uns auch von anderer Seite her bekannt ist, hat nach wie vor einen guten Grad an Plausibilität. Unsere Artikelfolge berichtete über die erst jetzt erfolgte Belgrader Darstellung im Sinne einer Information. Wir haben darauf hingewiesen, dass man gute Gründe hat, der verspäteten Veröffentlichung (in der «Politika») gegenüber misstrauisch zu sein. Nachweisen lässt sich weder ihr Gehalt an Wahrheit noch an Lüge, weil sich alle schlüssigen Unterlagen in den Händen eines Regimes befinden, das Wahrheit und Lüge nach seinem Belieben verwenden kann und zu verwenden pflegt. Red. KB.

Komsomol wie KP reorganisiert

Im Anschluss an die jüngsten Reformen der KPdSU hat auch die sowjetische Jugendorganisation Komsomol ihre Struktur verändert und stellt ihre Gliederung nun ebenfalls vom territorialen Prinzip auf das Produktionsprinzip um (siehe Untersuchungen KB, 48ff.).

Diese Anpassung an die ökonomische Lösung der Zeit verdeutlicht noch stärker die unterschiedliche Rolle, die Chruschtschew der Jugendbewegung im Vergleich zur stalinistischen Zeit zuhählt. War der Komsomol laut Parteauftrag vor 1953 in erster Linie dazu bestimmt, die «Feinde des Sozialismus (Politik, Gesellschaft, Kultur) aufzuspüren und zu entlarven», so hat ihn Chruschtschew in die vor-derste Linie seiner Wirtschaftsfrente gestellt. Die Mitglieder des Jugendverbandes treten dort an, wo es gilt, Neuland anzubauen, Pflanzungsmethoden auszuprobieren, mit neuen Produktionsmethoden zu experimentieren.

Jetzt wird die Leitung der Komsomolorganisationen in Kolchos oder Sowchos, in Muster- und Probetrieben, in Agrar-, Mittel- und Hochschulen, in allen landwirtschaftlichen Betrieben dem Komsomolkomitee für die Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltung unterstellt (die seit der Landwirtschaftsreform dieses Frühjahrs schon fast überall besteht). Dagegen werden zur Führung der Komsomolorganisationen von Industriebetrieben und Baustellen auf dem Gebiet dieser Produktionsverwaltungen jetzt zonale industrielle Produktionskomitees des Komsomols errichtet.

Der neue Dualismus nach Wirtschaftszweigen setzt sich also auch in der Jugendorganisation durch. Entsprechend werden von nun ab in allen Gebieten zwei Komsomolorganisationen gebildet, welche nach den erwähnten branchenmässigen Unterscheidungen arbeiten. Koordinierung und Aufbau nach oben erfolgt ebenfalls in ähnlicher Weise wie in der KP selbst.

Gegenwärtig gibt es unter den Komsomolmitgliedern (16 bis 22 Jahre) 11 Millionen junge Leute, die direkt in der Produktion tätig sind. Gut eine Million davon sind Ingenieure, Agronomen oder Techniker.

Das war Helvecia

Im ungarischen Staatsgut Helvecia werden 744 Einfamilienhäuser abgerissen und die Bewohner auf zwei Dörfer der Gegend oder die benachbarte Stadt Kecskemet verteilt.

«Petöfi nepe» (Kecskemet) bringt diese Meldung als Beispiel dafür, wie infolge der entstehen-

den Grossbetriebe aus zusammengelegten Kleinwirtschaften auch die zerstreuten Bauernsiedlungen aufgehoben werden. Bei Helvecia handelt es sich um eine sehr entwickelte Weinbaugegend rund 15 Kilometer südlich von Kecskemet, im Zentrum des ungarischen Obst- und Rebengebiets (Mittelungarn, zwischen Donau und Theiss, 100 km südlich von Budapest). Der Name ist tatsächlich auf einen Schweizer zurückzuführen, der vor ziemlich genau hundert Jahren den damaligen Pustaboden von der Stadt kaufte und in blühendes Kulturland verwandelte.

Später hatte der Pionier einen grossen Teil seiner angepflanzten Wein«berge» (der Boden ist topfeben) an Kleinbauern verkauft, die sich zu ihren Grundstücken ihre Häuser bauten. Nach der kommunistischen Machtübernahme wurde das fruchtbare Rebgelände zum kleineren Teil kollektiviert, zum grössten Teil aber direkt verstaatlicht. Jetzt fallen die kleinen Anwesen der Bewohner, die gewiss weder Grossgrundbesitzer noch Kulaken waren, ebenfalls der Rationalisierung zum Opfer.

Perspektiven aus der Nähe

Der 8. Parteikongress der KP Bulgariens hat die ehrgeizigen Ziele des Perspektivplanes bis 1980, die ihm das ZK der KPB zur Beschlussfassung vorgelegt hatte, um 10 bis 20 Prozent zurückgesteckt.



Aus dem ursprünglichen Perspektivplan: Die Gesamtzahl der Technikumsstudenten jetzt und 20 Jahre später («Utschitel'sko Delo», 23. 10. 62).

Trotzdem besteht wenig Aussicht, dass der revidierte Plan in allen Punkten erfüllt werden kann. Besonders die Schwerindustrie ist von den Änderungen betroffen. Die begrenzten Investitionen sind um 23 Prozent gesenkt worden und die gesamte Industrieproduktion soll nur noch das 6,5fache derjenigen des Jahres 1960 betragen. Die Investitionen im Handel, in den Dienstleistungen, im Gesundheitswesen und in der Erziehung wurden um 20 Prozent gekürzt. Deutlich wird das am Beispiel der Schülerzahlen in technischen Hoch- und Fachschulen. Von den ursprünglich geplanten 220 000 Studenten im Jahre 1980 werden also nur 175 000 voraussichtlich ein Technikum besuchen können.

Das ZK wollte bis 1970 die allgemeine Einkommenssteuer abgeschafft haben. Heute ist davon nicht mehr die Rede. Dies sind nur einige Beispiele.

Trotz dieser drastischen Plankürzungen feierte der «Vorwärts» in seiner letzten Ausgabe die «grossartigen» Perspektiven der bulgarischen Kommunisten immer noch mit den alten Zahlen.

PdA nimmt Stellung

Erstmals haben schweizerische Kommunisten im Konflikt zwischen Moskau und Peking *expressis verbis* die Partei der Sowjetunion gegen China ergriffen. Bisher war bei solchen Stellungnahmen lediglich Albanien genannt worden.

Beim abgelaufenen tschechoslowakischen Parteikongress erklärte der PdA-Delegierte Franz Dübi unverhohlen: «Die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung ist eine wichtige Voraussetzung zum Kampf um den Frieden und den Sieg des sozialistischen Weges. Die Schweizerische Partei der Arbeit verurteilt alle Angriffe gegen diese Einheit durch die Führer der Albanischen Partei der Arbeit (Tirana hat eben auch seine PdA) und bedauert, dass die chinesischen Genossen solches unterstützen.»

Die Parteikongresse von Ungarn, Bulgarien, Italien und der Tschechoslowakei haben diesen Herbst alle offene Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Kommunisten und den Vertretern der Pekinger Linie gesehen. Zu dieser bekennen sich auch Nordkorea und Nordvietnam und neuerdings auch die indonesische KP.

Inzwischen verteidigt die PdA der Schweiz die Neutralität unseres Landes, wenigstens solange es um die EWG geht.



Zoltan Kodaly

Der ungarische Komponist, der Rakosis Aufträge zu refusieren wagte, ist 80 Jahre alt geworden.

Der kommunistischen Diktatur leistete er aufrechten, trotzigen Widerstand. Von Rakosi mit der Komposition einer neuen Landeshymne beauftragt (die alte fing mit dem Namen Gottes an) schickte er die bisherige Hymne zurück mit der Bemerkung: «Ich kann es nicht besser.» Seine «Missa brevis», 1944 komponiert, wurde 1948 in London uraufgeführt, aber erst 1955 in Budapest zugelassen. Auch das «Budavarer Te Deum» war in Ungarn verboten. Kodaly liess sich die Gelegenheit nicht nehmen, diese Messe bei einem Moskauer Gastspiel in Anwesenheit der ganzen Parteiführung zu dirigieren. Die 1955 entstandenen Chorwerke «Lied der Nation» und «Aufruf Zrimys» wurden von der Parteikontrolle zurückbehalten, bis Rakosi endgültig über Verbot oder Freigabe entschieden habe. (Der Inhalt handelte von den türkischen Unterdrückern, die mit Gottes Hilfe vernichtet wurden.) Der Diktator gab die Texte ungesungen zurück mit der Notiz: «Wünsche, dass der grosse Künstler die ungarische Musik noch mit vielen Werken beschenke.» So kam es im Frühjahr 1956 zur Aufführung und damit zu einem Riesenskandal für das Regime. Das Publikum, das den Gegenwartsbezug des Stoffes natürlich verstand, raste vor Begeisterung und wollte den Saal nicht verlassen. Kodaly's Werke trugen zum Aufstand bei; auch wurde er vom Revolutionsrat der Intellektuellen als Staatspräsident vorgeschlagen. Nach Niederwerfung des Freiheitskampfes wurde er gezwungen, an einer «Friedensversammlung» zu sprechen. Ohne ein Wort der Einleitung oder des Kommentars las er das Hohelied von Paulus vor und verliess den Saal. Die Geheimpolizei wagte es weder ihn zu unterbrechen noch hernach zu verhaften.